

Die **MIETERPARTEI** versteht sich daher ganz bewusst als Grundrechtspartei. Die bestehenden "etablierten" Parteien werden sich ohne einen schmerzenden Stachel in ihrem trägen Sitzfleisch aus eigenem Antrieb keinen einzigen Millimeter in der Wohnungspolitik hin zu einer echten sozialen, solidarischen, emanzipatorischen, freiheitlichen, bürgerrechtlichen, grundrechtsbewussten Wohnungspolitik bewegen. Weil sich aber ohne diesen schmerzenden Stachel nichts bewegen wird, braucht es in Deutschland eine **MIETERPARTEI**, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, weil sie sich dadurch auszeichnet, dass sie die tatsächlichen Interessen von Mieterinnen und Mietern an die erste Stelle ihrer politischen Agenda rückt.

Für jede Anregung und Unterstützung sind wir dankbar

Jeden zweiten Donnerstag im Monat findet unser offenes Treffen ab 19 Uhr in der Begegnungsstätte im Kiez (Jahresringe e.V.), Stralsunder Straße 6, 13355 Berlin-Mitte, statt.



MIETERPARTEI
Postfach 75 02 34
13132 Berlin
www.mieterpartei-jetzt.de
bund.mieterpartei@posteo.de
Telefon: 0176 – 82 42 52 88

(V.i.S.d.P.: Hartmut Bräunlich, Swinemünder Straße 50, 13555 Berlin)

**MIETER
PARTEI**

**MIETER*INNEN
MISCHEN SICH EIN!**

**DENN DIE ETABLIERTE
POLITIK BRAUCHT DRINGEND
EIN KORREKTIV!**



MIETER SIND BÜRGER!

Die Mieten explodieren, immer mehr MieterInnen müssen Ihre Wohnungen, Ihre Kieze und Ihre Nachbarschaften mit den individuellen gewachsenen Strukturen verlassen.

2017 verteuerte sich das Wohnen bundesweit um 4,7 Prozent

Etwa 1,3 Millionen Haushalten bleibt nach der Mietzahlung weniger als der Hartz-IV-Regelsatz

Deutschland hat mit 15,7 Prozent Armutsquote leider einen neuen Höchststand seit der Wiedervereinigung erreicht, das bedeutet rein rechnerisch, dass 12,9 Millionen Menschen hierzulande arm sind

Der Anteil armutsgefährdeter Rentner (15,9 Prozent) stieg innerhalb von zehn Jahren um 49 Prozent

Je geringer das Einkommen, desto höher die Mietbelastung.

Menschen mit weniger als 2000 Euro im Monat, geben mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aus

Ein großer Teil jener, die sich (noch) glücklich schätzen, eine akzeptable Miete zu bezahlen, haben in Wahrheit ein großes Problem mit ihrer Wohnsituation - weil sie alternativlos ist. Experten sprechen von einem Lock-in-Effekt, wenn Menschen in ihrer Wohnung regelrecht eingesperrt sind.

Menschen, die besondere Bedürfnisse haben wie Behinderte oder diejenigen, die nicht dem Vermieter-Ideal entsprechen, haben es auf dem Markt noch schwerer.



61 % sehen in immer höheren Mietenpreisen eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb mischen wir uns ein, fordern und setzen uns für tatsächlichen Interessen von Mieterinnen und Mietern in Deutschland dementsprechend ein:

Wir fordern:

Verdrängungsparagraf 559 (BGB) ersatzlos streichen

**Recht auf Wohnen ins Grundgesetz
Schaffung eines Wohngesetzbuches**

**Staatliche Vorhaltepflcht von Gütern der
Daseinsvorsorge in das Grundgesetz**

**Öffentliche Betriebe raus aus der
Rendite-Jagd (Privatisierung von Schulen
verbieten)**

**Schluss mit dem ökologischen Betrug
der Energieeinsparverordnung
(EnEV), der zu teuren Wohnungen ohne
Gegenwert führt**

**Schluss mit Filz und Korruption im
Wohnungsbau, Baukosten senken**

**Entmieten Verbieten: Strafrecht gegen
Spekulation und Verdrängung schärfen –
Kündigungsschutz für Senioren_Innen**

**Einführung eines staatlichen
Immobilienregisters**

**Sofortiger Stopp der Entlassung der
Sozialwohnungen aus der Sozialbindung**